



Detailansicht des Registereintrags

Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Jurist*innen (BASJ)

Aktuell seit 19.07.2026 21:12:22

Netzwerk

Registernummer:	R006573
Ersteintrag:	21.03.2024
Letzte Änderung:	19.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	19.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Postfach 120522 10595 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493023910541 E-Mail-Adressen: mail@basj.org Webseiten: <u>basj.org</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dirk Siegfried**
Funktion: Aktivist

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Dirk Siegfried**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):

Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Religion/Weltanschauung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Extremismusbekämpfung; Opferschutz; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zur Vertretung der Interessen erarbeiten wir Stellungnahmen insbesondere zu Aspekten (gleichgeschlechtlicher) Partnerschaften und Regenbogenfamilien, Verfolgung und Diskriminierung von LGBTQI*-Menschen oder auch hinsichtlich rechtlicher Aspekte bei HIV und leiten sie den in § 1 Absatz 1 und 2 LobbyRG genannten Kreise zu und beteiligen uns an Anhörungen oder ähnlichen Maßnahmen dieser Kreise.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. **Selbstbestimmungsgesetz**

Beschreibung:

Ziel dieses Gesetzgebungsvorhabens ist es, die Regelungen zur Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen bei Auseinanderfallen des Geschlechtseintrags und der Geschlechtsidentität zu vereinheitlichen, zu entbürokratisieren und eine selbstbestimmte Änderung zur Wahrung und zum Schutz der verfassungsrechtlich geschützten Geschlechtsidentität zu regeln. Auch um Ziel 10 „Ungleichheiten in und zwischen Ländern verringern“ der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen und das Versprechen einzulösen, niemanden zurückzulassen, ist die Rechtslage anzupassen. Zur sachgerechten Umsetzung dieser Ziele sollen Änderungen des Entwurfs erreicht werden, die hier die Selbstbestimmung stärken und deren Verwirklichung erleichtern und ungerechtfertigte Hürden beseitigen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9049 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften

1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PaßG 1986 [alle RV hierzu]; PStG [alle RV hierzu]; BMG [alle RV hierzu]; PStV [alle RV hierzu]; BZRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

2. Ergänzung von Art. 3 GG**Beschreibung:**

Art. 3 GG sollte um das Merkmal der "sexuellen Identität" ergänzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

3. Reform des Abstammungsrechts**Beschreibung:**

Gemäß den vom BMJ veröffentlichten Eckpunkten soll das Abstammungsrecht in zeitgemäßer Weise fortgeschrieben und die Defizite des geltenden Rechts behoben werden, ohne dass dabei bewährte Grundsätze aufgegeben würden.

Dabei sollten zwei Eltern für alle Kinder sowie die präkonzeptionelle Übernahme von Verantwortung ermöglicht sowie die Rückwirkung für bereits geborene Kinder vorgesehen werden. Die geplante Abkehr vom Vorrang des Kindeswohl sollte unterlassen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; TSG [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

4. Reform des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen (KonvBehSchG)**Beschreibung:**

Die Lücken des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen (KonvBehSchG) sollen beseitigt werden. Insbesondere sollen Konversionsbehandlungen auch bei über 18-jährigen verboten und die Ausnahme für Fürsorge- und Erziehungsberechtigte beseitigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KonvBehSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

5. Ergänzung der Berufungszulassungsgründe in § 78 Abs. 3 AsylG**Beschreibung:**

Die Berufungszulassungsgründe in § 78 Abs. 3 AsylG sollten um den Punkt "Abweichung von einem Urteil des EuGH oder des EGMR" ergänzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

6. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**Beschreibung:**

Die Mängel des bestehenden AGG sollen abgestellt werden; insbesondere soll das AGG auf staatliches Handeln anwendbar sein, das Kirchenprivileg in § 9 gestrichen und effektiver Rechtsschutz gewährleistet werden, unter anderem durch Verlängerung die Frist zur Geltendmachung und erweiterte Beweislastentlastungen.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro